

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

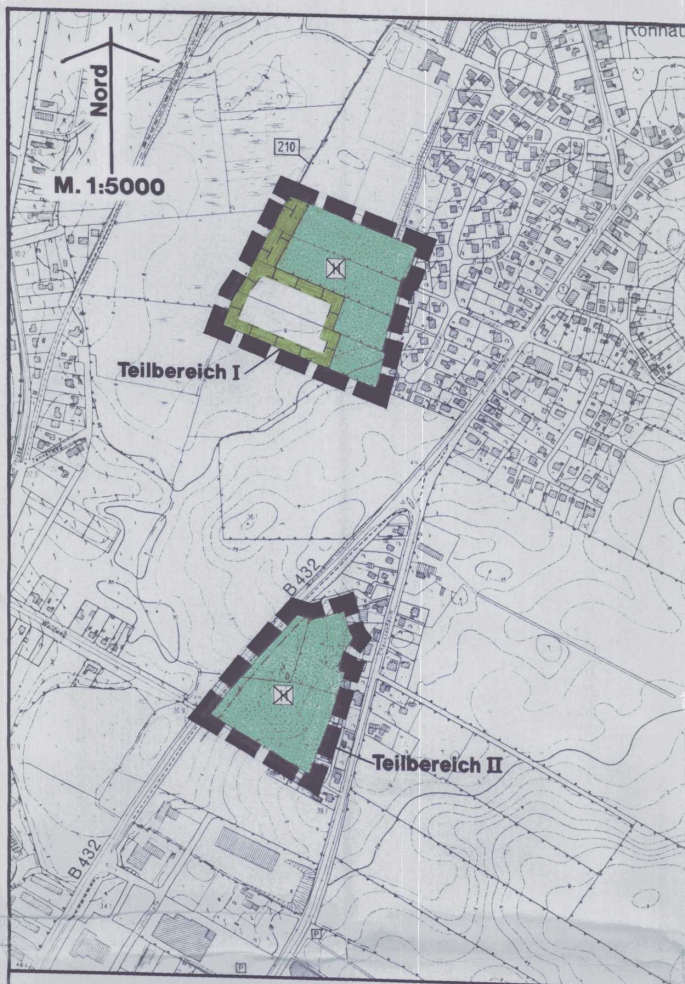
der Gemeinde

KLEIN RÖNNAU

10. ÄNDERUNG FÜR DIE BEREICHE

Teilbereich I "Moorkoppel"

Teilbereich II "Gelände zwischen der B432/Chausseebaum/Thun'schen Weg"



ZEICHENERKLÄRUNG:

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. 1990, I S. 132), zuletzt geändert am 22. April 1993.

Es gilt die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes, Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 1990) (BGBl. 1991, I S. 58 vom 22.01.1991)

- Geltungsbereich der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Klein Rönnau (Teilbereiche 1-2)
- Grünfläche (Umwandlung von Fläche für die Landwirtschaft in Fläche für Hobbytierhaltung) § 5 (2) 5 und 14) BauGB
- Hobbytierhaltung
- Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 (1) 20-BauGB 5(2) 10 BauGB

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND DEREN KENNZEICHNUNG:

(Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind)

- Anbauverbotsgrenze an klassifizierten Straßen außerhalb der Ortsdurchfahrtsgrenze (Bundesstraße: 20m)
- Gewässer Nr. 210 des Gewässerpflegeverbandes "Am Oberlauf der Trave"

GENEHMIGT

GEMÄSS ERLAß
VOM 19.05.1996
VOM 19.05.1996
KIEL, DEN 19.05.1996

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein



Tuschik

Im Auftrag der Gemeinde
Klein Rönnau

BÜRO FÜR STADTPLANUNG & DORFENTWICKLUNG
DIPL. ING. EBERHARD GEBEL, ARCHITEKT
23795 BAD SEGEBERG, WICKELSTRASSE 9

Verfahrensvermerke:

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 02.08.1994. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungsstellen von ... durch Abdruck in der ... am 13.08.1994 erfolgt.
2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 16.12.1994 durchgeführt worden. Auf Beschluß der Gemeindevertretung vom ... ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden.
3. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 12.07.1995 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die Verfahren zu den Verfahrensvermerken Nr. 3 und Nr. 5 sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt worden. Die Beteiligung der Nachbargemeinden, die von der Planung berührt sein können ist erfolgt. (§ 2 Abs. 2 BauGB)
4. Die Gemeindevertretung hat am 21.05.1995 den Entwurf des Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, mit Erläuterungsbericht beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
5. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, sowie der Erläuterungsbericht haben in der Zeit vom 31.07.1995 bis zum 30.08.1995 während der Dienststunden folgender Zeiten ... nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 18.07.1995 in der Zeit von ... bis zum ... durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden.
6. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 14.02.1996 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
7. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 5) geändert worden. Daher haben der Planentwurf sowie der Erläuterungsbericht in der Zeit vom ... bis zum ... während folgender Zeiten ... erneut öffentlich ausgelegt. Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am ... in der Zeit vom ... bis zum ... durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden. Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 4 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.
8. Der Flächennutzungsplan, 10. Änderung, wurde am 14.02.1996 abschließend von der Gemeindevertretung beschlossen. Der Erläuterungsbericht hierzu wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 14.02.1996 gebilligt.

Die Richtigkeit der Angaben in den Verfahrensvermerken Nr. 1-8 wird hiermit bescheinigt.

GEMEINDE KLEIN RÖNNAU



DEN 12.03.1996
H. K. K. K.
Bürgermeister

9. Die Genehmigung dieses Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, wurde mit Erlaß des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 19.05.1996, Az. 19.05.1996, mit Auflagen und Hinweisen erteilt gemäß § 4 Abs. 3 BauGB wurden räumliche Teile des Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, von der Genehmigung ausgenommen.

GEMEINDE KLEIN RÖNNAU



DEN 19.05.1996
H. K. K. K.
Bürgermeister

10. Die Auflagen wurden durch Beschluß der Gemeindevertretung vom ... erfüllt. Die Hinweise sind beachtet. Die Auflagenbefreiung wurde mit Erlaß des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom ... Az. ... bestätigt.

GEMEINDE KLEIN RÖNNAU



DEN 19.05.1996
H. K. K. K.
Bürgermeister

11. Die Genehmigung des Flächennutzungsplanes, 10. Änderung, (im Umfang der Ziff. 9) sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 14.06.1996 von ... bis zum ... ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen worden. Der Flächennutzungsplan, 10. Änderung, ist mit hin am 15.06.1996 wirksam geworden.

GEMEINDE KLEIN RÖNNAU



DEN 15.06.1996
H. K. K. K.
Bürgermeister